

# Ultimatum ist abgelaufen

Keine Aussicht auf Ende der Gewalt: Unruhen gehen weiter - wieder acht Todesopfer

**JERUSALEM:** Die israelische Regierung hat am Montagabend das Ultimatum an Palästinenserpräsident Jassir Arafat für beendet erklärt. Ein Ende der Gewalt sei aber nicht abzusehen, hiess es von Seiten der israelischen Regierung.

Während UNO-Generalsekretär Kofi Annan in der Region eintraf, um eine Verschärfung der Krise zu verhindern, machten israelische Regierungsvertreter deutlich, dass es bisher «keinerlei Anzeichen» gebe, dass Palästinenser-Präsident Jassir Arafat die Bedingungen der Israelis erfüllt habe.

Aussenminister Schlomo Ben-Ami lehnte nach einem Gespräch mit Annan das von den USA vorgeschlagene Gipfeltreffen in Ägypten zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. «Eine solche Konferenz kann erst stattfinden, wenn die Gewalt vollständig gestoppt wird», sagte der Minister. Ministerpräsident Ehud Barak rief am Abend sein Kabinett zu einer Sondersitzung zusammen.

## Aufruf zu Besonnenheit

Kofi Annan sagte nach seiner Ankunft in Tel Aviv, wichtigstes Ziel seiner Reise sei es, die Ausweitung der Krise zwischen Israel und seinen Nachbarn zu verhindern. Auch der russische Aussenminister Igor Iwanow rief am Montag alle Seiten zu Besonnenheit auf.

«Die Gefahr einer Eskalation besteht weiterhin», sagte er dem russischen Fernsehsender ORT in einem Telefoninterview während seiner Blitztour durch die Krisenregion. Er war nach Gesprächen in Syrien und Libanon am Montag auf dem Weg nach Israel.

Iwanow bestätigte, dass ein Mitglied seiner Delegation in Libanon mit Hisbollah-Chef Scheich Hassan Nasrallah zusammengestossen sei. Die Schiliten-Miliz hat drei israelische Soldaten verschleppt. Der russische Aussenminister sollte in Israel mit Ministerpräsident Ehud Barak und im Gazastreifen mit Palästinenserpräsident Jassir Arafat sprechen.

Der aussenpolitische Reprä-



Palästinenser demonstrieren auch gestern lautstark im Gazastreifen und im Westjordanland.

(Bild: Keystone)

sentant der EU, Javier Solana, wollte am heutigen Dienstag in die Region reisen. Solanas Mission solle vor allem dazu beitragen, die Situation in Südbanon zu klären, hiess es in einer in Paris veröffentlichten Erklärung der EU-Ratspräsidentschaft.

In Kairo berieten in der Zwischenzeit Ägyptens Präsident Husni Mubarak und Palästinenserpräsident Arafat über Möglichkeiten zur Entschärfung der explosiven Lage. Der ägyptische Aussenminister Amr Mussa erklärte unterdessen, der Nahost-Friedensprozess stehe vor dem Scheitern.

## Gewalt geht weiter

Ungeachtet der internationalen Bemühungen um eine Beendigung der Gewalt zwischen Israelis und Palästinensern kam es am Montag in Israel und den Palästinensergebieten zu zahlreichen Gewalttätigkeiten, bei denen sieben Palästinenser und ein Israeli getötet wurden.

Bei Zusammenstössen zwischen hunderten palästinensischen Demonstranten und israelischen Soldaten wurden im Gazastreifen und im Westjordanland darüberhinaus bis zum

Abend mindestens 60 Menschen verletzt. Die Ausschreitungen folgten meist nach Besorgungen von Opfern der jüngsten Unruhen.

In der überwiegend arabisch

besiedelten nordisraelischen Stadt Nazareth wurden bei schweren Zusammenstössen zwischen israelischen Arabern und Juden in der Nacht zu Montag zwei israelische Araber

von der Polizei erschossen. Mehrere Araber wurden schwer verletzt. Aus ganz Israel wurden erneut Übergriffe von Juden gegen israelische Araber und Palästinenser gemeldet.

## Die wichtigsten Daten des Friedensprozesses

**JERUSALEM:** Nachfolgend sind die wichtigsten Etappen des Friedensprozesses zwischen Israel und Palästinensern aufgelistet:

1.11.1991: In Madrid findet erste Nahost-Konferenz mit Israel, Palästinensern und Israels Nachbarn statt.

23.6.1992: Itzhak Rabin wird Ministerpräsident, Shimon Peres Aussenminister.

13.9.1993: Ein Grundsatzabkommen (Oslo I) über die palästinensische Selbstverwaltung im Gaza-Streifen und in Jericho im Westjordanland wird unterzeichnet.

5.7.1994: Die palästinensische Selbstverwaltung nimmt ihre Arbeit auf.

28.9.1995: Ein erweitertes Autonomieabkommen (Oslo II) für das Westjordanland wird unterzeichnet.

4.11.1995: Rabin fällt ei-

ner Attentat zum Opfer.  
19.11.1995: Der israelische Truppenabzug aus dem Westjordanland beginnt.

20.1.1996: Arafat wird Präsident des Palästinenserparlaments.

29.5.1996: Benjamin Netanyahu wird neuer Ministerpräsident.

15.1.1997: Israel und Palästinenser einigen sich über Israels Abzug aus Hebron.

1. März 1997: Israel beginnt ungeachtet internationaler Proteste mit dem völkerrechtswidrigen Bau der jüdischen Siedlung «Har Homa» im besetzten Ostjerusalem.

23.10.1998: Arafat und Netanyahu unterzeichnen in Wye Plantation bei Washington ein Abkommen, das den Rückzug der Israelis aus besetzten Gebieten in drei Phasen vorsieht.

17.5.1999: Ehud Barak

wird zum Ministerpräsidenten gewählt.

13.9.1999: Barak und Arafat unterzeichnen in Scharm el Scheich ein Abkommen, in dem der 13. September 2000 als Stichtag für den Abschluss eines umfassenden Friedensabkommens gesetzt wird.

19.7.2000: In Camp David endet ein Gipfel zwischen Barak und Arafat unter Vermittlung von US-Präsident Bill Clinton ohne eine Einigung.

28.9.2000: Bei blutigen Ausschreitungen auf dem Tempelberg in Jerusalem gibt es Tote und Verletzte.

7.10.2000: Palästinenser verwüsten das Josephsgrab in Nablus. Die libanesische Schiliten-Miliz Hisbollah entführt drei israelische Soldaten. Barak stellt Arafat ein Ultimatum zur Beendigung der blutigen Unruhen.

## Vladimir Putin hat Sorgen

**MOSKAU:** Der russische Präsident Vladimir Putin hat sich bei seinem Besuch in der zentralasiatischen Republik Kasachstan besorgt über die Vorzeichen der Taliban in Afghanistan geäussert. Die unabhängigen Medien des zentralasiatischen Milizens unterstützen weiterhin den Terrorismus und verhindern den Dialogschlüssel, nicht sagte Putin. Unsere Position (zu den Taliban) unterscheidet sich nicht wesentlich von der der internationalen Gemeinschaft, sagte Putin nach Angaben der Nachrichtenagentur Interfax. Aber wir spüren das Problem stärker wegen der Nähe zu unseren Grenzen. Putin nannte Kasachstan den engsten Partner und Freund Russlands, mit dem man sich auch in schwierigen Fragen immer verständigen könne.

# Sozialdemokraten gewinnen Wahl in Litauen

Herbe Niederlage für die regierenden Konservativen

**WILNA:** Die Sozialdemokraten haben die Parlamentswahl in Litauen gewonnen, könnten sich aber trotzdem in der Opposition wiederfinden. Nach Auszählung aller Stimmen am Montag erhielten die Sozialdemokraten 31 Prozent und damit 51 der 141 Parlamentssitze.

Auf dem zweiten Platz folgte mit 19 Prozent und 29 Sitzen die linksgerichtete Neue Union. Die Liberale Union unter Führung des populären Bürgermeisters von Wilna und früheren Regierungschefs, Rolandas Paksas, erreichte zwar nur 17 Prozent der Stimmen, auf sie entfielen wegen zahlreicher Direktmandate aber 34 Sitze. Beide Parteien erklärten, sie wollten gemeinsam die Regierung übernehmen.



Parteivorsitzende Algirdas Brazauskas bei der Stimmabgabe.

Die regierenden Konservativen mussten eine herbe Niederlage hinnehmen: Lediglich acht

Prozent der Stimmen entfielen auf die Partei von Ministerpräsident Andrius Kubilius, die für die wirtschaftlichen Probleme des Landes verantwortlich gemacht wird. In einer Stellungnahme des Büros von Präsident Valdas Adamkus hiess es, die Liberale und die Neue Union hätten erklärt, sie könnten sich im Parlament eine Mehrheit sichern.

Die beiden Parteien verfügen zusammen über 66 Sitze, für eine Mehrheit benötigen sie 71. Die Zentrumsunion, die drei Sitze erlangte, hatte vor der Wahl angekündigt, sie wolle sich der Koalition anschliessen. Ausserdem könnten unabhängige Abgeordnete die Liberale und die Neue Union unterstützen.

Sozialdemokraten sind verärgert

Die Sozialdemokraten reagierten verärgert auf die Ankündigung. «Es erscheint mir merkwürdig, dass die Partei, die den grössten Stimmanteil erreichte, in die Opposition getzwungen wird», sagte der Parteivorsitzende Algirdas Brazauskas. Beobachter hielten zunächst eine Regierungsbildung der Sozialdemokraten mit der Neuen Union für wahrscheinlich. Die Neue Union hatte sich jedoch einigen Gesetzesinitiativen der Sozialdemokraten widersetzt, darunter einer Reform der Einkommenssteuer, die wohlhabendere Bürger stärker belastet hätte.

Bereits Wochen vor der Wahl hatten die Neue Union, die Liberale Union und die kleinere Zentrumsunion angekündigt, wenn möglich eine Regierungskoalition einzugehen.

## NACHRICHTEN

### Anklage gegen Klump zugelassen

**STUTTGART:** Noch in diesem Jahr soll in Stuttgart der Prozess gegen die mutmassliche RAF-Terroristin Andrea Klump beginnen. Das Oberlandesgericht hat jetzt die Anklage gegen die im September 1999 in Wien gefasste 43-Jährige zugelassen, wie ein Sprecher gestern auf Anfrage sagte. Das Verfahren vor dem Fünften Strafsenat wird voraussichtlich im Hochsicherheitstrakt in Stuttgart-Stammheim stattfinden. Die Bundesanwaltschaft wirft Klump Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Verabredung des Mordes und versuchten Mordes vor.

### Sieg für Kwasniewski

**WARSAU:** Der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski ist mit 53,9 Prozent der Stimmen für eine zweite Amtszeit gewählt



worden. Damit ist er nach dem amtlichen Endergebnis, das der Leiter der Staatlichen Wahlkommission am Montagabend in Warschau vorlegte, klarer Wahlsieger. Kwasniewski erreichte als erstes polnisches Staatsoberhaupt in der jüngeren Geschichte des Landes im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit. Kwasniewski, der seine zweite Amtszeit am 23. Dezember antritt, wurde für fünf Jahre wiedergewählt. Unter den zwölf Kandidaten für das Präsidentenamt erreichte der parteilose Andrzej Olechowski mit 17,3 Prozent der Stimmen den zweiten Platz, gefolgt von dem konservativen Parteichef Marian Krzaklewski mit 15,6 Prozent.

### Temelin geht ans Netz

**PRAG:** Die tschechischen Behörden haben gestern die Inbetriebnahme des umstrittenen Atomkraftwerks Temelin genehmigt. Wie die tschechische Nachrichtenagentur CTK berichtete, konnten damit die Arbeiten zur Aktivierung der Brennstäbe aufgenommen werden. Dies dauert den Angaben zufolge etwa 20 Stunden. Mehrere hundert österreichische Demonstranten blockierten zwei Grenzübergänge nach Tschechien, um gegen die Inbetriebnahme Temelins zu protestieren. Der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel reagierte verhalten auf die Entscheidung. «Das einzige, was wir zu diesem Zeitpunkt tun können, ist zu hoffen, dass die Anlage wirklich sicher ist».